

1973

»DER LANGE WEG VOM UNTERTAN
ZUM MÜNDIGEN BÜRGER«

EREIGNISSE 1972

DIE DIE DAMALIGE SITUATION GEPRÄGT HATTEN

1972 wird als das Jahr der erfolgreichen Ratifizierung der Ostverträge, des Abschlusses des Grundvertrages mit der DDR und der Bundestagswahl im November, die einen überzeugenden Sieg der sozial-liberalen Koalition erbrachte, in die Geschichte eingehen. Es war aber auch das Jahr der Olympiade in München, eines erfolgreichen Volksbegehrens zur »Rundfunkfreiheit« in Bayern, das sich gegen die CSU-Rundfunkpolitik entschied, es war das Jahr zahlreicher innenpolitischer Unruhen, der Verhaftung zahlreicher Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe. Es war das Jahr, in dem Richard Nixon zum zweiten Mal zum Präsidenten der USA gewählt wurde und der Schriftsteller Heinrich Böll den Nobelpreis für Literatur erhielt.

II.
DIE PREISTRÄGER
UND DIE BEGRÜNDUNGEN FÜR IHRE AUSWAHL

1. Der Theodor-Heuss-Preis wurde zuerkannt:
dem »mündigen Bürger« (Begründung siehe Ansprache des Bundespräsidenten Heinemann)
2. Theodor-Heuss-Medaillen wurden zuerkannt:

a) Herrn Christian Wallenreiter, geb. 1900, Rundfunkintendant a. D., »für sein jahrzehntelanges beispielhaftes demokratisches Engagement und für seine kulturpolitisch bedeutsamen Initiativen als Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Herr Christian Wallenreiter hat während seiner Amtszeit stets drei Prinzipien überzeugt und überzeugend vertreten:

- das Recht auf Meinungsfreiheit,
- die Pflicht zur Objektivität
- und das Gebot der Fairneß.

Um dieser Prinzipien willen hat er auch offene Konflikte mit Mächtigen und Regierenden nicht gescheut und durchgestanden.

Darüber hinaus hat er Funk und Fernsehen neue Ziele gesteckt: in der Kultur- und Kunstpflege, in der intensiven Förderung von Kinder- und Jugendprogrammen und in der Initiierung neuer Bildungs- und Studienprogramme, die als wirkungsvoller Beitrag zur Verbesserung von Bildungschancen weit über Bayern hinaus Anerkennung und Nachahmung fanden.

Für diese Leistungen gebührt Herrn Christian Wallenreiter öffentlicher Dank und Anerkennung. Durch sein

beispielhaftes Engagement hat er einen bleibenden Beitrag zur Festigung der Freiheit und Verantwortung von Funk und Fernsehen geleistet.«

b) Herrn Professor Dr. Theodor Hellbrügge (München), geb. 1919, Kinderarzt, Gründer und Leiter der »Aktion Sonnenschein« »für seine beispielhafte und aufopfernde Tätigkeit als Initiator und Leiter der »Aktion Sonnenschein-Hilfe für das mehrfach behinderte Kind«.

Die mannigfachen Initiativen, die Professor Hellbrügge seit vielen Jahren ergriffen und mit Mut und Zähigkeit erfolgreich vorangetrieben hat, stehen im Zeichen

- der Hilfe und Förderung für behinderte, vor allem mehrfach behinderte Kinder,
- der Beratung und Ermutigung ihrer oft verzweifelten und erschöpften Eltern
- und eines gesellschaftspolitischen Engagements, das vor allem auf den Abbau von Vorurteilen und die frühe soziale Integration behinderter und gesunder Kinder abzielt.

Professor Hellbrügge ist es aller finanziellen und personellen Schwierigkeiten, amtlicher und bürokratischer Behinderungen und gesellschaftlicher Vorurteile zum Trotz gelungen, ein Kinderzentrum zu schaffen, das, abgesehen von seinem segensreichen medizinischen und wissenschaftlichen Wirken, in seiner Organisation und Arbeitsweise ein lebendiges Beispiel angewandter Zivilcourage, gesellschaftlicher Verantwortung und Mitmenschlichkeit ist. Neben dem unermüdlichen Wirken des Leiters und seiner Mitarbeiter ist es der Unterstützung der Eltern und einer aufgeschlossenen Öffentlichkeit zu verdanken, daß dieses Modell, das Tausenden von Kindern Hilfe und Hoffnungen verheißt, existieren kann und dabei ist, seine Tätigkeit weiter auszubauen, beispielsweise hinsichtlich der Hilfe auch für elternlose behinderte Kinder und der Vorbereitung adoptionswilliger Eltern.«

c) der *Aktionsgemeinschaft Westend e. V. (Frankfurt/Main)* »für ihr bemerkenswertes Beispiel einer demokratischen Bürgerinitiative.

Der 1968 von Repräsentanten aller demokratischen Parteien und nicht parteigebundener Bürger gegründeten Aktionsgemeinschaft ist es durch zielstrebige und erfolgreiche Aktionen, durch sorgfältig vorbereitete Eingaben und Anträge und in mühseliger Kleinarbeit gelungen, auf die zahlreichen städtebaulichen, sozialen und gesellschaftlichen Probleme des Frankfurter Westends aufmerksam zu machen und Vorschläge zur Abhilfe von Mißständen und Fehlentwicklungen zu unterbreiten. Dabei ist es ihr auch gelungen, weite Bevölkerungsteile für das gemeinsame Ziel der Erhaltung der Lebensfähigkeit und des Lebenswertes ihres Stadtteiles zu engagieren und bei den Verantwortlichen der Stadtverwaltung sowie in den Fraktionen des Frankfurter Stadtparlamentes für ihre Initiativen Unterstützung zu finden.

Neben den grundsätzlichen Zielen hat sich die Aktionsgemeinschaft unter anderem erfolgreich für die Einrichtung von Spielstraßen, für Maßnahmen gegen wilde Müllablagerung, für die Erhaltung von Alleebäumen, für Fragen des Denkmalschutzes und der Stadtbildpflege eingesetzt.

Der Aktionsgemeinschaft geht es nicht um spektakuläre Demonstrationen, sondern allein um echtes, demokratisches Engagement in der Sache und um partnerschaftliche Zusammenarbeit.«

III. ANSPRACHEN UND TEXTE

Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel Begrüßung

Namens der Bundesregierung gratuliere ich in zweifacher Hinsicht. Zunächst und vor allem beglückwünsche ich die Stiftung zu der ebenso originellen wie überzeugenden Idee, den Theodor-Heuss-Preis in diesem Jahr dem mündigen Bürger zu verleihen; nicht einem bestimmten, sondern ganz allgemein dem mündigen Bürger. Das involviert zwei Behauptungen: einmal die Behauptung, daß es diese Spezies nicht nur sporadisch und vereinzelt, sondern in nennenswerter Anzahl gibt, und zum zweiten, daß der mündige Bürger etwas bewirkt, etwas Preiswürdiges getan hat.

Nun, beides ist nicht zu leugnen.

Es ist wahr, daß die Zahl der Bürger, die sich ihrer unmittelbaren Verantwortung für die Gemeinschaft bewußt geworden sind, ihrem eigenen kritischen Urteil folgen und die sich mit Zivilcourage engagieren, in den letzten Jahren ständig zugenommen hat. Die Rekordwahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl, das erfolgreiche Rundfunkvolksbegehren hier in Bayern, aber auch die Vielzahl wirklicher Bürgerinitiativen, die eine konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse anstreben und nicht nur den Konflikt um des Konfliktes willen suchen, beweisen das. Und mancher Politiker erinnert sich im stillen mit Wehmut der Zeiten, in denen man demokratisch eindrucksvoll, aber völlig gefahrlos über die politische Apathie der Bürger klagen konnte.

Es ist aber auch wahr, daß diese mündigen Bürger etwas bewirkt haben, das Auszeichnung verdient. Sie haben das politische Klima dieser Bundesrepublik verändert. Sie haben reale, notwendige Reformen notwendig gemacht, weil sie Schein und Wirklichkeit zu unterscheiden wußten, weil sie sich nicht mit angeblichen Sachzwängen abfanden, wo es sich in Wirklichkeit entweder um Bequemlichkeit oder um handfeste Einzel- oder Gruppeninteressen handelte. Sie, die mündigen Bürger, haben sich als politische Kraft erwiesen, ohne die es weder eine realistische Ostpolitik noch Ansätze zu einem Umdenken in der Stadtentwicklung, im Bodenrecht oder im Umweltschutz oder — um im Lande zu bleiben — das Verbot des kommerziellen Funks und Fernsehens gegeben hätte. Sie sind aber auch mit ihrer gesunden Abneigung gegen extreme und fanatisch absolute Richtungen die beste, weil nicht verordnete, sondern praktizierte Gewähr unserer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung. In diesem Sinne ist der mündige Bürger ein Mann der Mitte einer neuen, aufgeklärten und engagierten Mitte. Das erklärt wohl auch, warum der Begriff der Mitte eine solche Anziehungskraft auf die Politik ausübt und in den verschiedensten Variationen zur Bestimmung des eigenen Standorts verwandt wird. Man will eben dort oder zumindest auch dort präsent sein, wo man — zu Recht — die mündigen und deshalb auch zu wechselnden Wahlentscheidungen fähigen und bereiten Bürger vermutet.

Ich beglückwünsche weiter die konkreten Preisträger.

Sie, Herr Wallenreiter, der Sie für mich und für viele ein lebendiges Beispiel bayerischer Liberalität sind; einer bayerischen Liberalität, deren Wurzeln bis in die Zeit der Illuminaten zurückreichen und in deren Tradition der Würzburger Bürgermeister Beer ebenso stand wie der junge Görres. Nicht uninteressant, wer in unserer Zeit die Freunde und wer die Gegner eines solchen bayerischen Liberalen waren; wo er Verständnis und wo er schroffe Ablehnung fand.

Sodann Sie, Herr Professor Dr. Hellbrügge, der Sie, darin dem unvergessenen Alfred Marchionini gleich, aus den Gren-

zen des ärztlichen Berufes im engeren Sinn herausgetreten sind und unermüdlich auf die Lage der Gruppen aufmerksam gemacht haben, denen nicht der einzelne Arzt, sondern nur die Gesellschaft durch eine entsprechende Sozialpolitik helfen kann. Sie haben sich aber nicht mit Hinweisen begnügt, sondern selbst gehandelt und damit weit über München hinaus ein Beispiel gesetzt.

Und schließlich der Aktionsgemeinschaft Westend e. V. Frankfurt als einem Beispiel einer mitunter gewiß unbequemen, aber erfolgreichen und die Grundregeln unserer verfassungsmäßigen Ordnung respektierenden Bürgerinitiative.

Wenn man es richtig sieht, dann ist auch die Theodor-Heuss-Stiftung eine Bürgerinitiative; eine sehr frühe sogar, gegründet in einer Zeit, in der niemand zu glauben oder zu hoffen gewagt hätte, daß schon nach wenigen Jahren ein Bundespräsident und der Vizekanzler zu den Preisträgern, ein Bundeskanzler zu den Freunden und die Bundesregierung zu den Gratulanten der Stiftung gehören wird. Ich meine, das ist eine ermutigende Entwicklung und ein starker Antrieb, gerade hier in Bayern, weiter im Sinne und im Geist von Theodor Heuss zu wirken. An meiner Sympathie und Hilfe wird es nicht fehlen, ganz gleich, in welchem Auftrag ich jeweils die Grüße zu überbringen habe.

Bundespräsident Dr. Gustav W. Heinemann
Ansprache

Der mündige Bürger ist zuallererst ein wacher Bürger, der nicht durch andere verwaltet oder vertreten, sondern der mitbestimmend und mithandelnd dabeisein will.

Uns ist geläufig, daß jeder Mensch (grundsätzlich) in einem bestimmten Lebensalter der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt entwächst und fortan als mündig gilt, seinen persönlichen Lebensweg in Selbstbestimmung zu gehen. Hier setzt eine zählbare Altersgrenze den entscheidenden Zeitpunkt für jedermann fest.

Im politischen Verständnis meinen wir offensichtlich etwas anderes, wenn wir vom mündigen Bürger sprechen. Hier geht es um eine bestimmte Bewußtseinshaltung gegenüber Staat und Gesellschaft, die man hat oder entwickelt oder die man nicht hat. Einmaliges Aufbegehren aus besonderer persönlicher Betroffenheit zählt allerdings wenig. Wie Menschsein stets auch Menschwerden bedeutet, so heißt mündiger Bürger sein, sich stets neu als solcher bewähren. — Auf solche bewußte Lebendigkeit haben viele von uns lange gewartet. Wie oft hörten wir das Gerede, daß man ja doch nichts ausrichten könne, weil »die da oben« machen, was sie wollen. Aber schon die Tatsache, daß unsere Gesellschaft von einem wahrlich großen Geflecht von Organisationen aus freiwilliger Mitgliedschaft durchzogen ist und viele Abläufe ohne diese Organisationen gar nicht möglich wären, setzte einen Gegenpunkt.

Mit anderen Worten: Ein Stück Bürgermündigkeit ist es ja auch, wenn ich einer Berufsorganisation, einer politischen Partei, einer freiwilligen Feuerwehr oder einer der vielen sonstigen, auf Hilfe für andere bedachten Organisation beitrete. So schwer sich alle diese Organisationen im einzelnen auch tun, so sollten wir doch das hohe Ausmaß solcher Freiwilligkeiten nicht unterschätzen und uns je und dann bewußtmachen, was die Leistungen der darin tätigen Mitbürger für unsere Gesellschaft bedeuten.

Weil man heute so leichtthin mit verallgemeinernden abschätzigen Urteilen über die junge Generation umgeht, sei in diesem Zusammenhang zum Beispiel daran erinnert, was allein sie an freiwilligem Einsatz leistet. Das fängt bei den Schülerlotsen an, die jeweils früher als ihre Mitschüler zur Stelle sind und nach Schulschluß noch ausharren, um andere Schüler ungefährdet über verkehrsdichte Straßen zu geleiten. Im Roten Kreuz, im Technischen Hilfswerk, in der Lebensrettungsgesellschaft, in freiwilligen sozialen Diensten vielfältiger Art und so weiter sind Hunderttausende allein an jungen Menschen für andere tätig, von den älteren ganz abgesehen.

Das alles ist nicht neu. In den letzten Jahren ist aber etwas hinzugekommen, was die gesellschaftliche und politische Landschaft gründlich verändert. Es ist, als ob ein seit langem angestautes Verlangen nach persönlicher Mitbestimmung und Mitgestaltung plötzlich wie ein Frühlingwind ausgebrochen wäre, der alle Einrichtungen und Organisationen durchfegt und nichts ungeschoren läßt.

An Kindergärten fehlt es schon lange. Jetzt aber sind Eltern munter geworden, fordernd oder auch Kindergärten selber organisierend. Darauf komme ich noch einmal zurück. Zu wenig Lehrer und überfüllte Schulklassen gibt es schon lange. Jetzt aber sind Schüler und Eltern demonstrierend oder streikend auf dem Plan, um Besserungen durchzusetzen. Mängel in der Lehrlingsausbildung wurden seit langem erörtert. Jetzt aber sind Geduldsfäden gerissen; Lehrlinge melden sich selber kräftig zu Wort und verlangen bessere, zeitgemäßere Ausbildung. Die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer fehlt mittlerweile in keinem Parteiprogramm. Umstritten ist allein noch das Wie der Verwirklichung.

Am heftigsten hat der Sturm der Umgestaltungen die Universitäten ergriffen. Die Unruhe dort brach nicht nur an Fragen der organisatorischen Hochschulreform, sondern auch an allgemeinen politischen Vorgängen wie dem Vietnamkrieg auf. Der Streit um die Hochschulverfassungen scheint bis auf weiteres nicht zum Abschluß zu kommen, wobei die Sperren für den

Zugang zu überfüllten Studiengängen zusätzliche Nahrung geben.

Eine für unser Thema interessante Änderung von nachhaltiger Bedeutung sehe ich darin, daß die Studierenden nicht nur bei der Hochschule im ganzen, sondern vor allem bei der Gestaltung des Lehr- und Lernprozesses mitbestimmen wollen. Vorlesungen und Seminare sollen nicht mehr nur Veranstaltungen der Lehrenden für Lernende, sondern ein gemeinsames Unternehmen sein, bei der alle an der Auffindung der Lehrmethode und der Lehrinhalte zu beteiligen sind. Nicht mehr der einzelne studiert einsam zu Hause oder in einer Bibliothek, sondern man lernt oder experimentiert gemeinsam. Auch schriftliche Arbeiten entstehen in Gruppen. Neben der persönlichen Leistung wird durch alles dieses die Fähigkeit zur Zusammenarbeit entwickelt.

Ein Durchbruch von Mündigkeit aus begrenzten Lebensbereichen in das gesamte politisch-soziale Leben zeigte sich besonders deutlich im letzten Bundestagswahlkampf. Mehr als zuvor kamen Männer und Frauen aller Altersgruppen der Partei zu Hilfe, die sie als Sieger der Wahl zu sehen wünschten. Ein großer, zuweilen auch humorvoller Erfindungsreichtum und viel persönliches Hervortreten waren am Werke, um zu sagen, es gehe bei dieser Wahl um ihn, den einzelnen Bürger selbst. Die geheime Stimmabgabe wurde plötzlich weitgehend aufgedeckt. Man bekannte sich öffentlich zu dem, was man politisch wollte. Im Ergebnis erlebten wir eine sonst nie erreichte Beteiligung an der Wahl, wobei die veränderte Haltung der Erst- und Jungwähler eine besondere Beachtung verdient. An früheren Wahlen hatte nur etwa die Hälfte von ihnen teilgenommen. Diesmal gingen fast vier Fünftel zur Wahlurne.

Es war aber das Wahlkampfverhalten, nicht das Ergebnis der Wahl, wie manchmal fälschlich behauptet wurde, das für die Theodor-Heuss-Stiftung den Ausschlag gegeben hat, den mündigen Bürger zum diesjährigen Preisträger zu bestimmen. Diese Entscheidung mag als ungewöhnlich empfunden werden. Sie ist aber geeignet, ins allgemeine Bewußtsein zu rufen, wovon

der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar dieses Jahres sprach. Er sagte, daß sich »seit der Zeit der Gewaltherrschaft ein gewandelter Bürgertypus gebildet hat, der seine Freiheit auch im Geflecht der sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit behaupten will«. Er fügte hinzu: »Wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.« In der Antwort hat der Oppositionsführer den »mündigen Bürger« als eine Zielvorstellung auch seiner Partei bezeichnet.

Wenn wir beschreiben wollen, worin sich bürgerliche Mündigkeit darstellt, so treten zwei Gruppen von Vorgängen hervor. Wir alle kennen die Protestinitiativen. Wir kennen sie als Aufbegehren gegen Fluglärm, gegen umweltgefährdende oder -verschmutzende Industriewerke oder gegen Wohnviertel zerstörende Stadtplanungen, gegen die Erhöhung von Fahrpreisen öffentlicher Verkehrsmittel sowie gegen Bodenspekulationen. Manche solcher Proteste könnten aufgefangen werden, wenn die Behörden oder Vertretungsorgane in einem möglichst frühen Zeitabschnitt ihrer Planung die Bürger mit in das Gespräch hineinnähmen. Ob eine Schule hier oder dort gebaut oder ob eine kommunale Neugliederung so oder anders geschehen soll — das sind Vorgänge, die nicht allein die zuständigen Behörden oder Vertretungsorgane samt ihren Fachleuten angehen, sondern eben auch und sogar sehr stark die Bürger vor Ort, die mit der neuen Einrichtung oder unter den veränderten Umständen leben sollen. Hier ist zuviel Geheimniskrämerei üblich. Es sollte zum guten Ton zeitgemäßer Politik gehören, daß Planungen, die andere angehen, nicht über sie hinweg betrieben werden. Darum darf keine Planungsstelle verärgert sein, wenn Bürger unbequem werden mit der Forderung, daß sie gehört sein wollen — dies zumal dann nicht, wenn diese Bürger sich nach bester Möglichkeit um Sachkunde bemüht haben.

Eine andere Gruppe von Initiativen zielt auf Lücken oder Unzulänglichkeiten im Netzwerk unserer öffentlichen Einrichtungen. Dabei werden Mißstände unserer Wohlstandsge-

sellschaft angegangen. Besonders eindrucksvoll sind Initiativen zu eigener Wahrnehmung von Aufgaben, die dann zuständige Behörden zum Nachziehen veranlassen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zähle ich als Anlässe von Initiativen auf: Obdachlosensiedlungen, Gastarbeiterprobleme, Strafantlassene, Jugendheime.

Hervorheben möchte ich, was junge Eltern unternehmen, um gegen den Mangel an Kindergärten anzugehen oder auch zum Ausgleich veralteter pädagogischer Auffassungen — oft mit eigenen Opfern an Geld und Zeit. So sind zum Beispiel in Berlin über 200 Eltern-Kinderguppen von Eltern für ihre eigenen Kinder eingerichtet worden. Außerdem gibt es in Berlin neun Sonderprojekte, die gezielt unter sozial schwachen Teilen der Bevölkerung als Kindergärten für fremde Kinder arbeiten. Auch Spielplatzinitiativen sind hier zu erwähnen.

Es gibt viele unter uns, die unsere Verflochtenheit mit dem Weltgeschehen außerhalb unserer Grenzen als einen Teil ihrer eigenen politischen Verantwortung erkannt haben. Ich denke dabei an die deutschen Gruppen von Amnesty International, die sich um die Menschenrechte politischer Gefangener in bestimmten Ländern bemühen oder an Gruppen zum Studium von Problemen der Dritten Welt mit dem Ziel der besseren Unterrichtung oder der Organisation von Hilfen. Zumal die Erschütterung über den Vietnamkrieg hat seit Jahren bei vielen Bürgern in unserem Land ein Interesse an Vorgängen außerhalb Europas geweckt.

Das Betätigungsfeld für wache Bürger ist wahrlich groß und noch lange nicht ausgefüllt. Der Produktivkraft Phantasie ist keine Grenze gesetzt.

Natürlich gibt es in unserem Land noch manches Defizit an wachem Bürgersinn und Bürgermündigkeit. Als Beispiel sei die oft unzulängliche Art genannt, mit der Schöffen aus lauter Respekt vor den Berufsrichtern ihre Aufgabe in der Strafrechtspflege wahrnehmen. Ihr Dabeisein erfüllt nur dann seinen Sinn, wenn sie sich in vollem Maße gleichberechtigt und mitverantwortlich wissen.

Die politische Bedeutung bürgerlicher Mündigkeit ist vielschichtig. Initiativen welcher Art auch immer machen zumal den Bürgern, die sich bislang unpolitisch verhielten, mit einemmal deutlich, daß ihre persönlichen Probleme mit allgemeinen Problemen in Staat und Gesellschaft zusammenhängen.

Bürgerinitiativen tragen dazu bei, daß wir uns unserer Freiheiten bewußt werden. Sie haben ihre Grundlage, aber auch ihre Grenze in der Verfassung. Sie gehören zu einer lebendigen Demokratie.

Nach einem ersten Erschrecken haben Staat und Verwaltung angefangen, das einzusehen. Es mehren sich die Fälle, in denen Bürgeraktionen von Parteien und Behörden zumal im öffentlichen Bereich ermutigt werden. Das sollte und kann überall dort geschehen, wo das Ziel verfolgt wird, die bestehende Rechtsordnung durch Initiative von unten zu verbessern, sie gerechter zu machen oder an veränderte Gegebenheiten anzupassen.

Zu achten ist freilich darauf, daß Teilinteressen nicht gegen das Interesse der Gesamtheit verstoßen. Deshalb bleibt wichtig, daß die Grenzen bürgerlicher Freiheit ebenso gewahrt bleiben wie die Rechte, die es anerkennt, lebendig sein sollen. Das Grundgesetz ist der Maßstab, an dem der mündige Bürger sich selber messen und messen lassen muß.

Ich will das noch einmal anders ausdrücken. Unser Grundgesetz ist ein großartiges Angebot. Es anerkennt Grundrechte und Freiheiten, wie sie unsere Geschichte zuvor zu keiner Zeit gekannt hat. Das sage ich auch im Hinblick auf die Weimarer Verfassung. Die Wahrung der Grundrechte und Freiheiten haben wir unter die besondere Kontrolle durch das Bundesverfassungsgericht gestellt. Für die Wirksamkeit dieser Kontrolle gibt es hervorragende Beispiele, bei denen allenfalls zu bedauern ist, daß es der Korrekturen von höchster Stelle bedurfte, um anderen Gerichten und Behörden deutlich zu machen, unter welcher Verfassung wir leben.

So wie Gerichte und Behörden aller Art sich in unsere Verfassung einleben müssen, genauso müssen es auch die Bürger.

So wie zum Beispiel die Polizei hat lernen müssen, daß Bürger demonstrieren dürfen, ja daß sie die Demonstrationsfreiheit der Bürger sogar zu schützen hat, solange die Rechte anderer Bürger nicht verletzt werden, so stehen auch die Bürger in einem Prozeß des Lernens.

Dieser Prozeß hat große Fortschritte gemacht. Die heutige Veranstaltung will helfen, ihn zu verlebendigen.

Eine amerikanische Zeitschrift hat kürzlich eine aufregende Erdkarte veröffentlicht. Sie zeichnet die Gebiete unserer Erde, die in freiheitlicher Ordnung leben, in Weiß, die Länder, in denen die freiheitliche Ordnung eingeschränkt ist, in Grau und die Länder der Unfreiheit in Schwarz. Grau und Schwarz beherrschen das Bild. Die weißen Gebiete wirken wie Inseln in einem Meer von Unfreiheit. Die Bundesrepublik Deutschland gehört dabei zu den wenigen Ländern, denen ein reines Weiß zugebilligt ist.

Wir wissen alle, wieviel zu dieser so gekennzeichneten unterschiedlichen Weltlage und ihren Ursachen zu sagen wäre. Jedenfalls aber gehört unser Land zu den Bereichen bürgerlicher Freiheit und Rechtssicherheit. Dieser Tatbestand wird uns nur dann erhalten bleiben, wenn wir ihn ständig bessern und ausfüllen. Dazu brauchen wir in einer Demokratie, der von vielen Seiten immer wieder Gefahren drohen, zuallererst den mündigen Bürger mit Sachkunde, Phantasie und Initiative.

Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Begründung

Die neunte Verleihung des THEODOR-HEUSS-PREISES, die durch Ihre Anwesenheit, sehr verehrter Herr Bundespräsident, und durch Ihre Ansprache ausgezeichnet und geehrt wird, steht im Zeichen der Ermutigung des »mündigen Bürgers«, den wir in diesem Jahr quasi als Gattung preiswürdig fanden und den wir an drei konkreten Beispielen auszeichnen wollen . . .

Zunächst aber gilt unser aller herzlicher und respektvoller Dank dem Bundespräsidenten. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch dem HEUSS-PREIS-TRÄGER des Jahres 1968 danken, der sich — vom damaligen Festredner, Ralf Dahrendorf, als Beispiel eines mündigen Bürgers gepriesen — auch heute noch aller Bürden und Würden seines hohen Amtes zum Trotz als *erster mündiger Bürger unseres Staates* versteht. Wir hoffen, daß Sie diese unsere Dankbarkeit und Verbundenheit bis in die Einsamkeit Ihres hohen Amtes hinein verspüren und daß sie sich auch bei Ihrer täglichen Arbeit in Zuversicht und immer wieder nachwachsende Kräfte umsetzen mögen. Trotz aller auch von Ihnen gelegentlich eingestandenen Ungeduld, die angesichts der mühselig und im Schnecken-tempo erkämpften Verbesserungen und Veränderungen ja nur als eine Tugend des Bürgerpräsidenten anerkannt werden kann, dürfen wir heute feststellen, daß unsere demokratische Ordnung in den letzten Jahren im Vergleich zu den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten viel lebendiger und damit wirksamer geworden ist. Nun kommt es darauf an, diese neuen Ansatzpunkte mutig und vernünftig zu nutzen und offenkundigem Mißbrauch ebenso unerschrocken entgegenzutreten wie einer neuerlichen Unterdrückung dieser Entwicklung. *Der Aufbruch der Demokratie darf keinesfalls zu einem neuen Abbruch führen!*

Dabei müssen wir realistisch einschätzen, daß es ein langer und beschwerlicher Weg ist vom Untertanenstaat bis zu einer Gesellschaft mündiger Bürger, und wir müssen uns einge-

stehen, daß wir auf diesem Wege trotz mancher ermutigender Fortschritte immer noch am Anfang stehen.

Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, pflegten zur Illustration des Untertanengeistes gern jenes Verslein zu zitieren, das ein unbekannter Schneidermeister beim Besuch seines Landesherrn über den Türstock schrieb. Es lautete:

Lieber Landesvater — unter Deinen Flügeln kann ich ruhig bügeln.

Nun, sehr geehrter Herr Bundesvater, es ist ein gutes Zeichen, daß die mündigen Bürger, die wir meinen, unter Ihren Flügeln nicht mehr *nur* ruhig bügeln wollen. Aber — und damit bin ich beim Thema — es wäre ein fatales Mißverständnis, wenn sie nun — wie junge Menschen gelegentlich meinen — überhaupt nicht mehr »bügeln« wollten. Der Unterschied zwischen dem Untertanen und dem mündigen Bürger liegt keinesfalls zwischen dem »Bügeln« und dem »Nichtbügeln«, sondern er liegt zwischen »ruhig« und »unruhig«, sprich: *verantwortlich*. Und um diesen Unterschied geht es, wenn wir den »mündigen Bürger« gegen den »unmündigen Untertanen« setzen: um die *Verantwortlichkeit*.

Übrigens hat uns unter vielen anderen originellen Zuschriften zwar nicht ein Schneider, wohl aber ein Gärtnermeister geschrieben und folgendes vorgeschlagen: Man solle an exponierter Stelle am Bundestag aus Anlaß der Verleihung des HEUSS-PREISES an den »mündigen Bürger« eine Fichte pflanzen: Fichte ist gleich immergrün, ist gleich der zu allen Zeiten wache und aktive Bürger; Wachstum des Baumes ist gleich wachsende Zahl der Bürger, die die Freiheit in der Demokratie so hoch einschätzen, daß sie sich dafür persönlich einsetzen; womit auch gleich der Unterschied zwischen dem »Schneidermeister-Untertanen« und dem mündigen Bürger-Gärtnermeister klar illustriert ist.

Zugegeben: Der Weg der Emanzipation vom unmündigen Untertanen zum mündigen Bürger ist auch mit Mißverständnissen und Mißbrauch gepflastert. Jeder aber, der die politische Entwicklung seit 1945 miterlebt hat, muß in den letzten

Jahren einen deutlichen Wandel im Bewußtsein und im Bewußtwerden des Bürgers feststellen. Haben wir eigentlich schon ganz vergessen, daß es erst wenige Jahre her ist, daß noch alle Politiker über das mangelnde Interesse und Engagement des Bürgers geklagt haben? Dürfen wir nun, da die Bürger die Politiker beim Wort nehmen und beginnen, Interesse und Engagement zu zeigen, dieses gleich wieder verdammen, nur weil es nicht immer bequem und gelegentlich auch andere als freiheitlich-demokratische Ziele verfolgt? Nein, wir dürfen es nicht! Wir müssen im Gegenteil diese Entwicklung ermutigen.

Das und nichts anderes hat sich die Stiftung THEODOR-HEUSSPREIS mit der diesjährigen Auswahl der Preisträger vorgenommen, und um es gleich vorwegzunehmen und ein Mißverständnis auszuräumen, das von der gleichnamigen Tageszeitung in die »Welt« gesetzt wurde: Mit dem »mündigen Bürger«, den wir heute allgemein und an konkreten Beispielen auszeichnen wollen, ist natürlich nicht der brave FDP- oder SPD-Wähler gemeint, aber er ist natürlich auch nicht ausgeschlossen. Nein, der mündige Bürger ist der Mann oder die Frau, die ihre früher überwiegende passive Abstinenz gegenüber allem politischen Geschehen (politisch Lied — garstig Lied) aufgegeben und das Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit überwunden hat. Ein Symptom hierfür ist, daß immer mehr Bürger ihre politische Überzeugung nicht mehr ängstlich verbergen, sondern an sichtbarer Stelle kundtun, ob sie Willy, Walter oder Rainer zu wählen gedenken; mündige Bürger sind beispielsweise Wähler, die nicht länger in sichere Wählerkategorien einzuordnen sind, die durch leere Versprechen ebensowenig zu gewinnen sind wie durch faustdicke Übertreibungen. Allein mündigen Bürgern ist es zu verdanken, daß uns, zunächst in Bayern, wahrscheinlich damit aber auch in der Bundesrepublik, privates Fernsehen erspart bleibt.

Keine Partei wird sich — wenn die Entwicklung so weitergeht — ihrer sogenannten Stammwähler sicher sein können

und kein Verband einer blinden Gefolgschaft. Jede muß mit der Kritikfähigkeit des »mündigen Bürgers« rechnen, und das ist doch gut so und ein großer Fortschritt. Natürlich hat es schon immer mündige Bürger gegeben. Sie fielen aber zahlenmäßig nicht ins Gewicht beziehungsweise wurden sich ihres Potentials und dessen Nutzung kaum je bewußt.

All das, was wir da erleben und beobachten können, ist — und ich wiederhole es — gewiß kein Siegeszug vom »tumben« Untertanen zum mustergültigen Lesebuchdemokraten; aber es ist immerhin ein bemerkenswerter Fortschritt.

Sicher ist, daß die demokratische Ordnung um so belastbarer und widerstandsfähiger sein wird, als ihr Potential an mündigen, sprich: verantwortlich denkenden und handelnden Bürgern wächst und wirksam wird. Hierin und nicht in der Wahrung der Mehrheit der einen oder der anderen Partei erblickt die Stiftung THEODOR-HEUSS-PREIS die Chance für Bestand und Weiterentwicklung der freiheitlichen Demokratie.

Unter diesem Aspekt und nur unter diesem haben wir die Entscheidung für die Auswahl unserer diesjährigen Preisträger getroffen. Denn der »mündige Bürger« ist für uns kein Erzeugnis der politischen Tugendlehre, sondern wir stellen dafür handfeste Beispiele vor, von denen mindestens zwei sicher nicht im Verdacht stehen, »links« zu sein.

Damit bin ich bei Ihnen, sehr geehrte Preisträger. Denn an Ihren sehr unterschiedlichen Beispielen möchten wir das abstrakte Phänomen des »mündigen Bürgers« personalisieren und exemplifizieren: am Beispiel der *Frankfurter Aktionsgemeinschaft Westend*, was eine Bürgerinitiative mündiger Bürger bewirken kann; am Beispiel von *Professor Hellbrügge*, daß die mutige Initiative des einzelnen zur Durchsetzung des gesellschaftlichen Konsens und des Beistands mündiger Bürger bedarf; und am Beispiel des ehemaligen Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Herrn *Christian Wallenreiters*, wie Verantwortung und Dienst für den mündigen Bürger aussehen können.

Die *Aktionsgemeinschaft Westend e. V.* in Frankfurt ist gewiß nicht die einzige Bürgerinitiative dieser Art, aber sie ist eine der ältesten und beispielhaftesten, und deshalb haben wir sie stellvertretend für andere Bemühungen dieser Art für die Auszeichnung mit einer THEODOR-HEUSS-MEDAILLE ausgewählt.

»Rettet die Städte — jetzt!« — Spätestens seit diesem Alarmruf des Deutschen Städtetages unter dem Vorsitz des damaligen Oberbürgermeisters, unseres Kuratoriumsmitglieds, Herrn Dr. Hans-Jochen Vogels, wissen wir, welche tödlichen Gefahren unsere Großstädte bedrohen.

An wen aber war der Alarmruf gerichtet? Und wer hat ihn gehört? Die Parlamente, die Behörden? Gewiß, man bemüht sich neuerdings redlich, durch Gesetze und Finanzzuweisungen zu helfen, aber es ist heute schon sicher, daß dies nicht ausreicht, um die drohenden Gefahren abzuwenden. Deshalb müssen und wollen die Bürger zur Rettung ihrer Städte beitragen. Noch vor zehn Jahren wäre ein solcher Ruf ungehört verhallt, allenfalls hätte er ein tatenloses Schimpfen auf »die da oben« zur Folge gehabt. Die Bewußtwerdung des mündigen Bürger aber bewirkte etwas Neues: sie mobilisierte und organisierte Sachverstand, weckte politisches Engagement und mitbürgerliche Solidarität.

Ein Beispiel hierfür ist die Frankfurter Aktionsgemeinschaft Westend. Seit Anfang der sechziger Jahre fiel dieser Stadtteil, der bis dahin alle wesentlichen Vorzüge eines großstädtischen Wohngebietes besaß, einer neuartigen Form von Goldgräberfieber zum Opfer: Grundstücke und Häuser wurden aufgekauft, Mieter aus ihren angestammten Wohnungen vertrieben und die Verslumung der zum Abbruch bestimmten Wohnhäuser systematisch betrieben. Bis zum Abbruch blieben sie entweder leer oder wurden zu Wucherpreisen an Gastarbeiter vermietet. Nach ihrem Abbruch entstanden riesige Büro- und Geschäftshäuser, in den engen Wohnstraßen staute sich tagsüber der Verkehr. Menschenwürdiges Wohnen schien hier nicht mehr möglich.

Diese Situation faßte eine führende Mitarbeiterin der Aktionsgemeinschaft damals wie folgt zusammen: »Wenn eine Stadt ihre kulturelle Substanz zerstört, wie es im Westend geschieht, verliert sie mehr als ihr Gesicht. Die Bewohner können sich an ein Gemeinwesen nicht mehr binden, wenn Geldgier und Hast zu deren obersten Prinzipien werden. Die wachsende Häßlichkeit Frankfurts, das Überwiegen farblosler Bürosilos auch dort, wo die Stadt noch kultivierte Züge trug, macht es den Bürgern immer schwerer, sich mit ihr zu identifizieren. Was nicht geliebt wird, läßt gleichgültig...« In dieser hoffnungslos erscheinenden Lage schlossen sich 1969 Bürger aller Gesellschaftsschichten, Parteien und Generationen, Christen und Nichtchristen in der Aktionsgemeinschaft Westend zusammen. Sie setzten sich zum Ziel, dem Recht des Bürgers auf menschenwürdiges Wohnen *mit verfassungsmäßigen Mitteln* Geltung zu verschaffen.

Hierzu hat sie in intensiver, oft mühseligster Kleinarbeit unter anderen folgende Initiativen ergriffen und Erfolge erzielt: eine Änderung des Strukturplans für das Westend mit der Folge, daß sich die Grundstückspreise stabilisiert, die Bautätigkeit beruhigt und die Wohnverhältnisse verbessert haben; hierzu gehört der Kampf für Grünanlagen und Spielplätze, gegen wilde Müllablagerung, Verwahrlosung und Mietwucher.

Ganz besonders verdienstvoll wirkte auch eine ansehnswerte Dokumentation denkmalenschutzbedürftiger Häuser, die, veröffentlicht und unterstützt, zur Änderung der Ortssatzung über Denkmalschutz und Stadtbildpflege führte und anderen Städten zum Vorbild diente. Es muß nachdrücklich hervorgehoben werden, daß die Aktionsgemeinschaft ihre Forderungen und Vorschläge ausschließlich auf verfassungsmäßig und rechtlich zulässigen Wegen durchgesetzt hat. Ungezählte Besprechungen mit den zuständigen Beamten der Verwaltung, mit den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und den politischen Parteien standen stets an erster Stelle. Erst dann und nur dann, wenn sich herausstellte, daß diese Be-

mühungen keine oder keine ausreichenden Fortschritte erbrachten, kam es zu Aktionen und Demonstrationen.

Mit diesem Bericht der Fakten vermag ich kaum zu schildern, wieviel Zeit und Ausdauer, Mut, Sachverstand und Ideen dazugehören, um eine solche Aktionsgemeinschaft über vier Jahre zu erhalten, Bürger und Öffentlichkeit immer von neuem an den oft komplizierten Problemen zu interessieren und zu engagieren und nicht zuletzt auch den Gefahren des Mißbrauchs und der Unterwanderung zu widerstehen.

All diese Bewährungsproben hat die Aktionsgemeinschaft vorbildlich bestanden, und sie verdient hierfür unseren Dank und unsere Anerkennung, symbolisiert durch eine THEODORHEUSS-MEDAILLE und einen Geldpreis.

Perikles soll gesagt haben: »Bei uns heißt ein Bürger, der an den Dingen der Stadt keinen Anteil nimmt, nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter.«

Möge auch in unserem Land ein Bürger, der an den Dingen der Stadt verantwortlich und unter Achtung von Verfassung und Recht Anteil nimmt, nicht als Störenfried abgetan, sondern als mündiger Bürger ernst genommen werden.

2.

Professor Dr. Theodor Hellbrügge — unser zweiter Preisträger — ist von Beruf und von »Haus aus« Kinderarzt. Ich sage dies bewußt, denn aus dem erlernten Beruf ist eine Berufung besonderer Art geworden, die nicht in wenigen Worten zu lokalisieren ist.

Professor Hellbrügge hat wohl als erster Arzt in der Bundesrepublik die Grenzen medizinischer Hilfe für behinderte, vor allem auch für mehrfach behinderte Kinder und deren Eltern erkannt und daraus ohne zu zögern zahlreiche Konsequenzen gezogen. Darüber ist er zu einem engagierten Reformers besonderer Art und Vielfalt geworden.

Da gab es einmal die Erkenntnis, daß behinderte Kinder mehr brauchen als medizinische Hilfe und daß die Gesellschaft ihnen mehr schuldet als ordnungsgemäße Versorgung, viel-

mehr soweit als möglich Überwindung ihrer Isolierung, soziale Eingliederung und humane Lebensbedingungen.

Und da war zum anderen die Einsicht, daß eine solche Besinnung und Neuorientierung nicht durch Gesetze erlassen, sondern nur durch persönliche Initiative und gesellschaftliche Mitverantwortung bewirkt werden kann. Aus beiden Erkenntnissen ist sein Lebenswerk, die »Aktion Sonnenschein«, entstanden und aus ihm der ideenreiche Organisator, Motor und Promotor geworden, der sich heute ebenso intensiv um Geldbeschaffung und Public Relations kümmern muß wie um das einzelne Kind. Aber auch der wissenschaftlichen Arbeit und Auswertung gibt er neue Impulse, ermöglicht neue Projekte und fördert vielversprechende junge Wissenschaftler. Im einzelnen besteht die »Aktion Sonnenschein« aus dem Kinderzentrum und der Forschungsstelle, einer Abteilung für Intensivtherapie für Mutter und Kind, einer Ambulanz mit Krankengymnastik, Beschäftigungs-, Verhaltens-, Bewegungs- und Sprachtherapie, neuerdings einer Adoptionsberatung für elternlose behinderte Kinder und nicht zuletzt einem Montessori-Kindergarten und den ersten Klassen einer Montessori-Grundschule. Alles in allem wurden im letzten Jahr rund zweieinhalbtausend mehrfach behinderte Kinder von weit über hundert Mitarbeitern betreut.

Die tägliche Arbeit wird in räumlich beengten, oft unzulänglichen, improvisierten Verhältnissen, unter ständigem Geldmangel und häufigem behördlichen Unverständnis geleistet.

Das sind nur ein paar Daten, hinter denen sich die beispielhafte gesellschaftliche Leistung unseres Preisträgers verbirgt, deren Krönung zweifellos der Montessori-Kindergarten und die darauf aufbauende Schule sind. Denn mit der gemeinsamen Betreuung und Förderung gesunder Kinder mit einfach und mehrfach behinderten ist ein Modellversuch entstanden, wie er in der Bundesrepublik bisher erstmalig und einmalig ist. Kein Wunder also, daß sich die geltenden Gesetze als zu engmaschig erwiesen und die sie ausführenden Behörden als zu verständnislos, um die große Bedeutung und

Förderungswürdigkeit dieses Versuches zu ermessen. Ohne den auch finanziellen Beistand mündiger Bürger, ohne die Unterstützung dankbarer und verständnisvoller Eltern, ohne ein bißchen Druck seitens der Presse und ohne die Improvisationskunst der Mitarbeiter wäre dieses eindrucksvolle Modell längst gescheitert. Mit Sachverstand und Zähigkeit, mit Ausdauer und Überzeugungskraft bemüht sich Professor Hellbrügge um den Abbau von Ängsten und Vorurteilen gegenüber Behinderten und um den Aufbau von Verständnis und aktiver Hilfsbereitschaft.

Und wer einmal das Zusammenspielen und das gegenseitige Helfen gesunder und behinderter Kinder im gemeinsamen Kindergarten beobachtet hat, kann sich — besser als Worte es auszudrücken vermögen — vorstellen, was es gerade für behinderte Kinder bedeutet, in einer Gemeinschaft verschiedenartiger Kinder zu spielen und zu lernen.

Für dieses Beispiel der Mitmenschlichkeit wurden Professor Hellbrügge in dankbarer Anerkennung und zur Ermutigung seines Lebenswerkes eine THEODOR-HEUSS-MEDAILLE und ein Geldpreis zuerkannt.

3.

Die Auszeichnung des ehemaligen Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Herrn *Christian Wallenreiters*, mit einer THEODOR-HEUSS-MEDAILLE mag manchen Bürger unseres Landes überrascht haben. Gilt Herr Wallenreiter doch, wie man so sagt, als der Typ eines konservativen Mannes, als ein hochqualifizierter, integrier Beamter, den eher Treue zu Staat und Regierung als spontanes Engagement und Zivilcourage auszeichnet. Doch mit einer solchen Typisierung wird man Christian Wallenreiter ganz und gar nicht gerecht. Seine Vorstellungen von den Aufgaben und Möglichkeiten von Funk und Fernsehen in der Demokratie haben sich als ungleich viel haltbarer und durchhaltbarer erwiesen als zahllose andere und vielleicht glanzvollere Proklamationen zur Rundfunkfreiheit und zum Medienfortschritt. Von diesen seinen Grund-

sätzen wich er in seiner Arbeit und bei seinen Entscheidungen nicht um Fingerbreite ab.

Da waren einmal seine demokratischen Grundüberzeugungen, die er zur Richtschnur seiner gesamten Tätigkeit als Intendant machte. Nach seinen Worten heißt das folgendes: »In der Demokratie wird die Teilnahme an dem, was in der Welt geschieht, dadurch verwirklicht, daß das Recht des Bürgers gewahrt wird, sich umfassend und zuverlässig zu unterrichten, damit er sich eine eigene Meinung bilden und Entscheidungen treffen kann. Demokratische Meinungs- und Willensbildung vollzieht sich, indem die Gruppen der Gesellschaft und die Herrschenden durch die Vielfalt der Meinungen und die Fruchtbarkeit des Widerspruchs öffentlich unter kritische Kontrolle genommen werden.«

»Auf dieses Ziel müssen die Programme von Funk und Fernsehen ausgerichtet werden, indem sie ›Information gegen Emotionen‹ setzen, Vernunft gegen Angst, Reflexion gegen Propaganda, Wirklichkeitssinn gegen Wunschdenken und indem sie bei jeder nur möglichen Gelegenheit den Zuhörer zum Gesprächspartner werden lassen.« — »Das Programm muß beim Hörer Anteilnahme am Leben und an der Welt erwecken, ohne ihn zu manipulieren.«

Und weiter:

Funk und Fernsehen müßten Prüffeld politischer Konzepte sein und nicht deren Richter. Diskussionen sollten zum Nachdenken führen und nicht auf Schocktherapie angelegt sein, andernfalls würden gesellschaftliche Konflikte nicht ausgetragen, sondern blockiert.

Ich glaube, daß der Intendant Christian Wallenreiter im Tagesgeschäft für diese strikten Regeln nicht immer Zustimmung gefunden hat und daß eine gehörige Portion Zivilcourage dazugehörte, sie gegen einseitige Parteiwünsche ebenso zu behaupten wie gegen linke Indoktrinationsversuche. Ich glaube, es gibt niemanden in diesem Lande, der zu behaupten wagte, Christian Wallenreiter sei parteiisch gewesen, er habe Meinungen unterdrückt oder manipuliert.

Niemals las er ein Manuskript *vor* der Sendung, immer verstand er sein Amt als »Wahrer der Freiheit eines redlichen Journalismus«.

Sein Stehvermögen und sein Sinn für Gerechtigkeit und Fairneß waren so untadelig, daß er allein dafür eine THEODOR-HEUSS-MEDAILLE verdient hätte.

Aber da war zweitens sein weitblickendes Verständnis für die Möglichkeiten von Funk und Fernsehen beim Ausgleich von Bildungschancen und als Medium lebenslanger Weiterbildung. Bei der Einführung des Jugend- und Bildungsfernsehens, des Telekollegs und des Studienprogramms wirkte er bahnbrechend und bildungspolitisch fortschrittlicher als manche perfektionistischen Bildungsprogramme.

Und schließlich gilt es, seine unbeirrbar aufrechte Haltung im sogenannten Rundfunkstreit hervorzuheben. Von dem Augenblick an, als er erkannte, daß die freiheitliche Ordnung von Funk und Fernsehen durch Mehrheitsentscheidungen im Parlament gefährdet war, kämpfte er ungerührt und unbeirrbar im Lager derer, die dies verhindern wollten.

Dieses erfolgreiche Volksbegehren zur Sicherung der Rundfunkfreiheit halte ich für den größten Erfolg des mündigen Bürgers und den besten Beweis für seine Existenz. Kein Zweifel auch, daß die vorbildliche und eindeutige Haltung des Intendanten, die gerade auch politisch zurückhaltende Zeitgenossen beeindruckt hat, zu diesem Erfolg ein gerüttelt Maß beigetragen hat. *Ohne einen freien Rundfunk gibt es keine mündigen Bürger. Aber: Ohne mündige Bürger hätte es in Bayern in absehbarer Zeit keinen freien Rundfunk mehr gegeben.*

Mit der Zuerkennung einer THEODOR-HEUSS-MEDAILLE an Sie, sehr geehrter Herr Wallenreiter, verbinden wir unseren persönlichen *Dank* für Ihre Leistung und Haltung, unsere *Hoffnung*, daß Ihr Vorbild weiterwirkt, und die *Freude*, daß es uns wieder einmal gelungen ist, im Sinne von Theodor Heuss in Ihnen und Ihrem Wirken ein so überzeugendes Beispiel »freier Bürgergesinnung« gefunden zu haben.

Damit bin ich mit meiner Begründung für diesmal am Ende. Zwar hat unser erster Bundespräsident Theodor Heuss die heute ausgezeichneten neuen Formen der Bürgerbewegung nicht mehr erlebt. Er war aber ein leidenschaftlicher Vorkämpfer der Demokratie als Lebensform. Hierfür gibt es viele Beispiele. So hat er beispielsweise in einer seiner großen Reden als Bundespräsident bereits 1952 die »freie Bürgergesinnung als die aktuelle Legitimierung dieses Staates« bezeichnet und die vielen »Freiwilligkeiten«, die dieser Gesinnung entspringen, als »die Heimat und den Nährboden eines demokratischen Lebensstils — nicht die Büros, in denen man Befehle und Anweisungen entwirft oder empfängt oder weitergibt«. Auch wir sind — heute mehr denn je — überzeugt, daß es gerade diese vielen »Freiwilligkeiten« sind, die den mündigen Bürger vom Untertanen unterscheiden, und daß diese Freiwilligkeiten wiederum der Nährboden eines demokratischen Lebensstils sind, den »zu beackern« des Schweißes »mündiger Bürger« wert ist.

Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Die Auswahl der THEODOR-HEUSS-PREISTRÄGER für 1974 erfolgte wie in jedem Jahr in den Monaten September und Oktober kurz vor der Fertigstellung dieses Buches. Deshalb können noch keine Ansprachen und Urkunden beigelegt werden. Wohl aber möchte ich zu guter letzt einen Ausblick auf die Auswahl der Preisträger für 1974 und auf unsere künftige Arbeit geben.

Wie in jedem Jahr lagen dem Vorstand der Stiftung weit über 50 Vorschläge vor, darunter mindestens die Hälfte preiswürdige. So war es, wie in den 10 Jahren zuvor, notwendig, viele und umfassende Gespräche zu führen und Nachprüfungen anzustellen, bevor Vorstand und Kuratorium der Stiftung eine endgültige Entscheidung treffen konnten.

Der THEODOR-HEUSS-PREIS wurde schließlich zuerkannt

- stellvertretend für alle Personen und Gruppen, die sich in unserem Land der Gastarbeiterprobleme annehmen—
den Initiativgruppen in München und Augsburg zur Betreuung von Gastarbeiterkindern.

THEODOR-HEUSS-MEDAILLEN sollen erhalten

- die Gemeinderätin und zweite Bürgermeisterin Frau Thea *Gerstenkorn*, Maasen in Niedersachsen, und
- die evangelische Theologin Frau Dr. Dorothee *Sölle*.

ZUR BEGRÜNDUNG:

Die *Gastarbeiterinitiativen* betreuen teilweise seit über drei Jahren mit über 150 ehrenamtlichen Mitarbeitern regelmäßig Gastarbeiterkinder während der Schulzeit bei den Hausaufgaben und in den Ferien in vielen kleinen Gruppen. Sie haben

hierbei außergewöhnliche und selbstlose Anstrengungen gemacht. Die Probleme, die uns die steigende Zahl und längere Anwesenheit von drei Millionen Gastarbeitern in den nächsten Jahren stellen werden, müssen nach Ansicht der Stiftung unbedingt ins öffentliche Blickfeld gerückt werden. Mit der Auszeichnung sollte das öffentliche Gewissen für die Gastarbeiterproblematik geschärft — und das Wissen darüber vermehrt werden.

Mit Frau *Gerstenkorn*, der unbekanntenen Gemeinderätin, und Frau *Dr. Sölle*, der bekannten Theologin, werden zwei Frauen ausgezeichnet, die in ihren Verantwortungsbereichen Mut zum Engagement, mitmenschliches Verantwortungsbewußtsein und Stehvermögen bewiesen haben. Beide Frauen sind hervorragende Beispiele für die individuell geleistete Emanzipation in einer frauenfeindlichen Umwelt, die neue Kräfte in (weltlicher und kirchlicher) Gemeinde freisetzt und damit zu neuen Formen der Partnerschaft ermutigt.

*

Mit der Auswahl der Preisträger für 1974 vollendet die Stiftung das 10. Jahr ihres Bestehens. Es war ein bewegtes und ereignisreiches Jahrzehnt, auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Demokratie in unserem Lande. Wichtige Ansätze für neue demokratische Initiativen wurden entwickelt. Dennoch bleibt für die kommenden Jahre und Jahrzehnte noch mehr als genug zu tun, und ein Preis, der der Ermutigung zu demokratischer Verantwortung dient, wird noch lange nicht überflüssig sein. Denn noch reicht der aktive Einsatz des Einzelnen und einzelner Gruppen für ein menschliches, das heißt für ein freiheitlich-verantwortliches, Zusammenleben der Menschen nicht aus. Noch ereignet sich täglich ein Übermaß an Mißbrauch der Freiheit.

Deshalb wird es in den kommenden Jahren nicht nur darauf ankommen, den allgemeinen Wohlstand zu mehren und für eine saubere und gesunde Umwelt im ökologischen Sinne zu sorgen. Es wird vielmehr immer dringlicher, die menschlichen und mitmenschlichen Probleme unserer Umwelt zu erkennen

und zu lösen. Unsere Bemühungen werden sich daher nicht auf die Verbesserung der Qualität des Lebens beschränken dürfen, sie müssen sich vielmehr vor allem der *Qualität des Zusammenlebens* zuwenden.

Zur Verbesserung der Qualität des Zusammenlebens kann jeder beitragen, der guten Willens ist: Im alltäglichen Umgang miteinander, am Arbeitsplatz und im Straßenverkehr. Das ältere Kind kann dem jüngeren zu Hilfe kommen, die Gesellschaft kann ihre Minderheiten schützen, Konflikte und Spannungen können fairer ausgetragen und gelegentlich ertragen werden.

Zur Ermutigung und Förderung dieser Art *Qualität des Zusammenlebens* möchte der THEODOR-HEUSS-PREIS auch in Zukunft beitragen, indem er sein bisheriges Bemühen verstärkt fortsetzt. Unsere Preisträger haben es immer bestätigt: Die freiheitlich-demokratische Ordnung zu gestalten und zu verbessern lohnt den persönlichen Einsatz, und für den Fortbestand dieser Ordnung tragen wir alle Mitverantwortung. Jeder von uns kann dazu beitragen, daß es in seinem Lebensbereich gerechter, vernünftiger und mitmenschlicher zugeht.

Beginnen wir gleich heute damit.